

Starke behindertenpolitische Interessenvertretung ist nötiger denn je!

Stellungnahme der Behindertenorganisationen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und des Arbeitskreises Barrierefreies Köln zum geplanten Diversity-Management für die Stadt Köln

Die Behindertenorganisationen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und der Arbeitskreis Barrierefreies Köln sehen mit Sorge auf die vorgelegten Pläne der Stadtverwaltung eines Diversity-Managements. Diese werden derzeit in mehreren Ratsausschüssen als Mitteilung vorgelegt (Vorlage 1305/2013 vom 11.04.2013). Geplant ist die Zusammenfassung der Stabsstellen Interkulturelles Referat, der Behindertenbeauftragten sowie des Referates für Lesben, Schwule und Transgender (LST) innerhalb einer Dienststelle „Diversity“ mit übergeordneter Leitung.

- o Bei den Überlegungen der Stadt geht es nicht um inhaltliche, sondern um rein organisatorische und fiskalische Gesichtspunkte. Insbesondere die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der damit verbundene Inklusionsprozess werden außer Acht gelassen.
- o Die Zusammenfassung der Abteilungen unter dem Begriff Diversity soll nach 2014 in eine zielgruppenübergreifende Struktur angepasst werden. **Wir sind der festen Überzeugung, dass die Anliegen der verschiedenen Gruppen von Menschen sich stark unterscheiden und jeweils auch wirksam und mit Kompetenzen versehen repräsentiert werden müssen. Jeder Bereich braucht ein Gesicht!**
- o Aus der Mitteilung geht nicht hervor, wie die Stellen zwischen den Abteilungen Behindertenpolitik und LST verteilt werden sollen. Die Verfasser befürchten, dass mit der Neuorganisation mittel- bis langfristig Stellen in den verschiedenen Abteilungen wegfallen.

Wir fordern daher...

- o dass Überlegungen zu einer zukünftigen Struktur nicht losgelöst von inhaltlichen Zielsetzungen vorgenommen werden. So machen die Anforderungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention eher eine Stärkung der Interessenvertretung behinderter Menschen nötig.
- o dass die Zielgruppenorientierung erhalten bleibt. Die Arbeitsbereiche und erforderlichen Kompetenzen für die verschiedenen Zielgruppen sind höchst unterschiedlich. Desweiteren darf es nicht zu einem Verteilungskampf zwischen den verschiedenen Gruppierungen kommen, nicht zuletzt bei der Besetzung der Leitungsstelle Diversity.
- o dass die Stellen im Büro der Behindertenbeauftragten mindestens erhalten bleiben. Die Funktion und die Befugnisse einer Behindertenbeauftragten dürfen nicht eingeschränkt werden! Das Beispiel der Kölner Behindertenbeauftragten und ihrer Mitarbeiter/innen hat gezeigt, dass ein Beauftragtenwesen keineswegs antiquiert, sondern hoch wirksam und erfolgreich sein kann.
- o ein Disability-Mainstreaming innerhalb der Stadtverwaltung, um Inklusion in allen Verwaltungsbereichen zu verankern.

Köln galt bisher als Vorzeigestadt bei der Umsetzung von Inklusion, insbesondere in den Bereichen Schule, Interessenvertretung behinderter Menschen und Barrierefreiheit. Diese positive Entwicklung darf nicht durch ein von fiskalischen Überlegungen getragenes Diversity-Konzept zerstört werden!

Kontakt:

Frau Barbara Röttger-Schulz, Tel. 0221-9763150, nc-roettgba@netcologne.de

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg, Tel. 0221-607769, 0221-969 53 103, Kellinghaus-Klingberg@t-online.de

Frau Stephanie Stangier, Tel. 0221-668391, stephanie.stangier@gmx.de